

Archiv
Vorstandes der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands Bonn



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/XVII/102 - 15. Mai 1962

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Aufgescuschter Hühnerhof aber keine Regierung</u> Ist das noch Politik ?	41
2 - 3	<u>Europa und seine Gemeinden</u> Die grosse Begegnung der Völker Lyon-Frankfurt-Wien Von Jakob Altmaier, MdB	97
4 - 4a	<u>Deutscher Film - aber wie ?</u> Regierungsbericht mit Widersprüchen Von Georg Kahn-Ackermann, MdB	75
5 - 6	<u>Von Hassel im Kreuzfeuer</u> Es geht um die Spielbank von Glücksburg	58
6	<u>Explosive Berührung</u> Spanische Arbeiter in Deutschland und der Streik in Spanien	26
	<u>Geburtstagsgruss nach New York</u> Kurt R. Gossamer 65 Jahre	39

* * *
* *

Verantwortlich: Günter Markscheffel

Aufgescuchter Hühnerhof aber keine Regierung!

Ist das noch Politik ?

sy - Wäre nicht gerade jetzt der Augenblick, da die deutsche Politik in jeder Beziehung eindeutig nach innen und aussen handeln sollte, kann könnte man sagen, die Vorgänge in Bonn seien der beste Stoff für eine Komödie. Was dem Bundesbürger und den Freunden der Bundesrepublik gemutet wird, ist der Ausdruck einer völligen Führungslosigkeit; es ist ein sichtbarer Verfall der Staatsautorität.

Wir wollen gar nicht mehr von dem Auftreten und den Reden Adenauers in Berlin reden. Mit einem gewaltigen Aufwand der Staatsapparatur hat man mühsam jense Risse geflickt, die das deutsch-amerikanische Verhältnis kompromittierten. Die Beamten des Bundespresseamtes und des Auswärtigen Amtes wissen ein Lied davon zu singen, wie man sie in diesen Tagen durcheinanderwirbelte. Viele von ihnen haben resigniert, oder wenden sich hilflos an Abgeordnete der Opposition, um wenigstens dort zu erfahren, was gespielt wird.

Das blamable Hin und Her um die Preise in der Automobilindustrie, ja um die gesamte Wirtschaftspolitik, erinnert an das aufgeregte Flattern von verscheuchten Hühnern, die nicht wissen, ob sie geschlachtet werden sollen oder Eier legen dürfen. Die deutsche Wirtschaft befindet sich seit Professor Erhards "Appellen" in einem Zustand der Unterwassermassage. Ihre führenden Männer geben offen zu, dass alle sogenannten Wirtschaftstheorien der derzeitigen Bundesregierung fauler Zauber sind.

In diesem Durcheinander sammelt Heinrich von Brentano, Fraktionsführer der CDU/CSU seine Bataillone zum Sturm auf die Bastionen, von denen aus er - Heinrich von Brentano - nach den Wahlen vom 17. September 1961 als Aussenminister abgeschossen wurde.

"Wie der Herr, so das Gescherr" - ist man versucht zu sagen, wenn es auch noch bekannt wird, dass Herr Meyers, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen mitten in der Nacht den Bonner Landgerichtspräsidenten durch einen Funkstreifenwagen alarmiert. (Affäre Kilt!) Justizminister und Ministerpräsident erscheinen vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss und erklären sich als "missverstanden". Was mag sich der Hauptwachtmeister gedacht haben, als er in jener Nacht auf Anweisung seines Ministerpräsidenten zum Bonner Landgerichtspräsidenten fuhr?!

In dieser Bundesrepublik spielt man mit der Staatsautorität, als handele es sich dabei um Klickerchen und Murneln. Die "Maßgebenden" scheinen immer noch nicht begriffen zu haben, dass sie seit der letzten Bundestagswahl nicht mehr über die absolute Mehrheit verfügen; sie wissen offenbar immer noch nicht, dass in unserer spannungsgeladenen Zeit mehr regieren gehört als der krampfhafteste Versuch, Liebgewordene und bisher verborgen gehaltene Unfähigkeiten vor der Öffentlichkeit zu verbergen.

Europa und seine Gemeinden

Von Jakob Altmaier, MdB

Das französische Lyon, verschwistert mit Frankfurt am Main, wird der deutsch-französischen Verständigung eine grosse Festwoche bereiten. Vom 17. bis 24. Mai werden von den Türmen und Brücken an der Rhone die leuchtenden Farben der Trikolore von 1789 und die schwarz-rot-goldenen Fahnen der Paulskirche von 1848 einträchtig nebeneinander wehen. Kein preussischer General, wie einst, und keine Kanonen werden in Lyon einrücken, sondern der sozialdemokratische Oberbürgermeister Dr. Bockelmann mit seinem Magistrat, und in ihrem Gefolge: viel Volk, darunter die Vertreter der Gewerkschaften und Kriegsbeschädigten, der Industrie- und Handelskammer und der Universität. Schüler des Frankfurter Lessing-Gymnasiums werden die "Bürger von Calais" in deutscher Sprache aufführen, deutsch-französische Sportler werden friedlich miteinander ringen. Frankfurt wird seine Oper und sein Symphonie-Orchester mitbringen, einen Chor seiner Singakademie, einen Teil seiner Museumsschätze und Produkte hoher handwerklicher Kunst; es wird Carló S c h m i d als Festredner zu den Bürgern von Lyon sprechen lassen, und am letzten Tag werden für das grosse Volksfest Lastwagen vom Main anrollen, mit Fässern von Bier, Apfelwein, Rippchen und Sauerkraut, als Enttöchterung für den reichlich genossenen französischen Rotwein aus Macon.

Am 1. Mai 1912 ...

Es hat seinen Sinn, wenn wir dies in solcher Breite malen, denn es sind genau 50 Jahre her, als am 1. Mai 1912 der Ortsverein München der SPD, am Eingang zu seinem Maizelt, ein grosses Plakat zeigte, auf dem sich ein deutscher und ein französischer Arbeiter die Hand zum Frieden reichten, was damals den höchsten Unwillen der Königlich bayerischen Polizei erregte. Nach zwei Weltkriegen, nach einem Chimborasso von Leicher und unnütz geopferter Jugend, sind die Sozialisten beider Länder keine "Landesverräter" mehr, wie dazumal. Die deutsch-französische Verständigung ist auch eine hohe staatsbürgerliche Tugend geworden, und die Vereinigten Staaten von Europa ein selbst den konservativen Regierungen und ihren Parteien ein höchst erstrebenswertes Ziel. Wir haben zwei in Strassburg tagende europäische Parlamente, wir haben die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die Ministerräte der fünfzehn freien Staaten Europas und vieles mehr. Kein Sprachhindernis hemmt sie, keine nationale Eigenart, kein politischer und kultureller Gegensatz. Es strebt und webt nach Europa. Trotz alledem, wir kennen die Steine und Blöcke auf diesem Weg, den nationalen Egoismus hier und dort, die sich entgegenstehenden Klasseninteressen kleiner, mächtiger Schichten, die vor allem die vorwärts drängende Jugend der Länder verdriessen und ihre Begeisterung für die europäische Idee stark abgekühlt haben.

Zielbewusster als Regierungen

Die Woche von Lyon ist uns jedoch wiederum der Beweis, dass das Volk und die Völker reger sind, zielbewusster, wachsamer und klüger als ihre Regierungen und herrschenden Mächte. Was sich oben, in Regierungssphären und Parlamentsmehrheiten in Sitzungen, Papieren und Aktenstaub wälzt, lebt unten, im Volk, in pulsierender Frische. Sie findet ihren Ausdruck in den

städten, in den Gemeinden und ihren Organisationen. Was Lyon in besonders schöner Form darbietet, ist seit Jahren Brauch in zahllosen Städten der europäischen Länder und deren Gemeinden, bis herab zu zweitausend und weniger Einwohner. Jahr für Jahr vermehren sich die Verschwisterungen von Gemeinden, ihre europäischen Veranstaltungen aller Art, die gegenseitigen Besuche, der Austausch von Schülern, von Kriegsbeschädigten, das gegenseitige Lernen und Kennenlernen, die menschlichen Verbindungen, das Wissen um den anderen, das Verstehen, die Sehnsucht nach Frieden und einem vereinten Europa.

Europäische Verflechtungen

Da ist der alljährliche Europäische Gemeindekongress in Strassburg, das Parlament der Städte, Gemeinden und Landkreise, das dem kommunalpolitischen Ausschuss des Europarates sein Entstehen und seine ständige Beachtung verdankt. Da ist der von mir angeregte und vom Europarat jährlich verteilte "Europapreis" der Gemeinden, der bezeichnenderweise als ersten Städten dem englischen Coventry und dem ähnlich zerstörten Berlin gleichzeitig verliehen wurde. Da sind die europäischen Kommunalverbände, von denen der "Rat der Gemeinder Europas" in der Woche nach Ostern seinen grossen Kongress in Wien veranstaltet hat, Zehntausende von europäischen Städten und Gemeinden sind in diesen kommunalen Spitzenverbänden vereint, tagen zusammen, beraten zusammen, tauschen gegenseitig ihre Nöte und Erfahrungen aus, lernen gegenseitig, diskutieren die Fragen der Wohnungsnot, der Verkehrsnot, des Schul- und Krankenhauswesens, der sozialen Sicherheit und des Alters, der Jugenderziehung, der Selbstverwaltung und der Finanzhoheit der Gemeinden, welche Landesfarte und welche Nation, es ist überall die gleiche Not und es sind überall die gleichen Notwendigkeiten. Mehr als dreitausend Bürgermeister, Stadträte und Gemeindevertreter waren in Wien in eiserer Arbeit zusammen, viele vor ihnen aus der Bundesrepublik. Die Mehrzahl von ihnen waren Sozialdemokraten aus allen Ländern. Wien hatte ihnen seinen Glanz und seine grosse Gastfreundschaft erwiesen. Über allen Farben und Fahnen wehte jedoch das Banner eines in Frieden und sozialer Wohlfahrt geeinten Europas.

Helle Zurufe in dunkler Zeit

Es war am Vorabend des 1. Mai 1962, als der grosse Kommunalkongress zu Wien zu Ende ging. Der Zufall wollte es, dass das sozialdemokratische Wien das Denkmal enthüllte, das die österreichische Hauptstadt ihrem grossen Sohn und Bürgermeister Karl Seitz gegossen und gesetzt hat. Trotz Sturm und Regen standen viele Tausende von Arbeitern und Bürgern am Abend, beim Schein der Lichter, vor dem Rathaus, hörten die Reden des Bundespräsidenten und des heutigen Bürgermeisters und ehemaligen Metallarbeiters Franz Jonas, zum Ruhm vor Karl Seitz, dem Arbeiterkind, der trotz Not, politischer Verfolgung und Gefängnis zu einer der ragenden Säulen der internationalen demokratischen Arbeiterbewegung geworden war, und der nach dem ersten Weltkrieg das zerschlossene und hungernde Wien zu einem sozialen Modell und zu einem Juwel unter den europäischen Großstädten verwandelte, ähnlich wie Herrick sein Lyon.

Das Denkmal, das Wien seinem Karl Seitz setzte, seinen guten Werten, es könne in Berlin, in Hamburg, in Frankfurt, in München, in Dortmund, in Bremen, in Nürnberg, in Kassel, in Darmstadt, in Hanau, in Worms, in Mainz und in tausend deutschen Kommunen stehen, gesetzt ihren guten Werten und Sozialdemokraten, die wieder aufgebaut haben, was Nationalismus und Rassenhass, Völkerverhetzung und Krieg zerstört hatten. Dass Frieden bleibe und ein in Freiheit geeintes Europa werde, darum ringen wieder die gleichen Männer und Gemeinden, dafür sind die Wochen vor Lyon und Wien helle Zurufe in dunkler Zeit.

Deutscher Film - aber wie?

Regierungsbericht mit Widersprüchen

Von Georg Kahr-Ackermann, MdB

Mit sechswöchiger Verspätung hat die Bundesregierung den auf Antrag der SPD vom Bundestag geforderten Bericht über die Situation der deutschen Filmwirtschaft vorgelegt. Obwohl die Bundesregierung in diesem Bericht vorweg betont, dass die Erhaltung einer eigenen nationalen deutschen Filmproduktion aus vielerlei Gründen eine wichtige staatspolitische Aufgabe sei und dass ein Verzicht auf den deutschen Film nicht hingenommen werden könne, sind die Massnahmen, welche die Bundesregierung in ihrem Bericht zur Erfüllung dieser Aufgabe vorschlägt, vage, z.T. unzulänglich und unverbindlich. Ein wirksames Rezept gegen die galoppierende Schwindsucht, welche die deutsche Filmproduktion befallen hat, enthalten sie nicht.

Ressort gegen Ressort

In dem Bericht schlägt sich nur zu deutlich die widersprüchliche Auffassung der einzelnen Ressorts der Bundesregierung nieder. Auf der einen Seite die Auffassung des Innenministers und des Auswärtigen Amtes - Hilfe sei notwendig -, die Überwiegend in den statistischen Angaben, ihren Erläuterungen und dem unverbindlichen allgemeinen Situationsbericht zum Ausdruck kommt, und der Auffassung des Wirtschaftsministeriums, das sich offenbar der Einsicht der Dringlichkeit bescheidenster Hilfsmassnahmen nicht entziehen zu vermochte, sowie der Order des Finanzministers, auf keinen Fall verpflichtende finanzielle Engagements einzugehen.

Der Bericht der Bundesregierung legt zwar in einer dankenswert ausführlichen Dokumentation dar, wie viel schlechter die wirtschaftliche Ausgangsbasis der deutschen Filmproduktion gegenüber den Verhältnissen in einer Reihe von filmproduzierenden Nachbarländern ist, er zählt Höhe und Umfang der zahlreichen in diesen Ländern üblichen Subventionsmassnahmen auf, aber schlüssige Folgerungen aus der Tatsache, dass wachsender Erfolg und wirtschaftliche Existenzgrundlage der von den Kritikern als Vorbild gerühmten italienischen und französischen Filmproduktion mit staatlichen Subventionen in der jährlichen Höhe von 65 beziehungsweise 82 Millionen DM erkaufte werden, findet man nicht. Dass die staatliche Kulturpolitik in finanzieller Hinsicht bezogen auf die Bereiche Theater, Fernsehen und Film heutzutage unerträglich verzerrt ist, mag die Bundesregierung bei der Abstimmung ihrer Vorschläge angesichts der Kulturhoheit der Länder nicht als ihre Sorge betrachtet haben, zweifellos wäre aber eine solche durch Zahlen erhärtete Feststellung am Platze gewesen.

Bund und Länder

Die Bundesregierung erklärt, die Selbsthilfe des deutschen Films müsse am Anfang stehen. Der Gedanke ist begrüssenswert. Da aber der Selbsthilfeplan des deutschen Films weitgehend an die völlige Abschaffung der Vergnügungssteuer geknüpft ist, deren Handhabung Ländersache ist, worauf die Bundesregierung hinweist, kann man eine auf zeitlich so unsichere Faktoren gegründete Selbsthilfeaktion nicht zur Grundlage von Hilfsmassnahmen machen, die angesichts der Lage rasch erfolgen müssen. Die Anregung der Bundesregierung an einige Länder, ihre Bürgerschaftsmassnahmen zu intensivieren, ist der Versuch, ein unzulängliches Verfahren wieder in Gang zu setzen. Die Verhandlungen der Bundesregierung in dieser Richtung müssen vor allem dann unwirksam bleiben, wenn es nicht gelingt, diese Mittel einem gemeinsamen Fonds zuzuführen, da es in einigen Bundesländern praktisch keine Spielfilmproduktion mehr gibt und die gesamte Herstellungskapazität vom Fernsehen in Anspruch genommen ist.

Mit anderen Worten: wenn Nordrhein-Westfalen und Bayern oder Hessen nicht bereit sind, auch Filme zu verbürgen, die in Berlin hergestellt werden, dürfte diese Initiative kaum zum Erfolg führen. Schliesslich sind die von der Bundesregierung ins Auge gefassten Exportförderungsmassnahmen und der Umfang der beabsichtigten Synchronhilfe unzulänglich. Zumindest für den Filmexport in die USA muss die Bundesregierung wesentlich tiefer in die Tasche greifen.

bleibt die dankenswerte Anmerkung, man werde sich für die Schaffung einer Art Filmakademie einsetzen. Wenn man sich über die Aufgaben eines derartigen Instituts klar ist, dessen Errichtung zu Recht seit Jahren gefordert wird, kann eine solche Akademie wesentlich zur künstlerischen Befruchtung der deutschen Filmproduktion beitragen - allerdings frühestens drei oder vier Jahre nach ihrer Eröffnung, deren Zeitpunkt von den Ländern bestimmt wird, da die Errichtung einer solchen Akademie nicht in die verfassungsmässige Kompetenz des Bundes fällt.

+ + +

Es ist tief bedauerlich, dass sich die Bundesregierung aus der Einsicht, dass auf eine deutsche Filmproduktion nicht verzichtet werden kann, nicht zu Massnahmen durchzuringen vermochte, die einen raschen Ausweg aus der gegenwärtigen Krise ermöglichen und die sicherstellen, dass das Thema Filmkrise nicht zu einem permanenten Tagesordnungspunkt des Bundestages wird.

+ + +

Von Hassel im Kreuzfeuer

sp. - Nun steht der große politische Machtkampf zwischen dem schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Kau-Uwe von Hassel (CDU) und dem in seiner Parteikarriere zurückgeworfenen früheren Landtagspräsidenten und Bürgermeister zu Lübeck, Dr. Walther Böttcher (CDU) erst hervor. Mit Hilfe parlamentarischer Anfragen und staatsanwalt-schaftlicher Ermittlungen hat Böttcher einen erbitterten Kleinkrieg gegen seinen großen Konkurrenten in der schleswig-holsteinischen CDU, den von Hassel, aufgenommen. Das Instrument dazu ist die Spielbanken-affäre, welche das politische Klima Schleswig-Holsteins seit Jahren von Zeit zu Zeit zu erhitzen pflegt.

Der Landtagsabgeordnete Dr. Böttcher schleuderte der Landesregie-rung am 30. April 17 eiskalte Fragen zur Einrichtung einer Spielbank in Glücksburg vor die Füße, die eindeutig gegen von Hassel zielen, der sich als Regierungschef - vielleicht weniger - aber als Bürgervorsteher von Glücksburg dafür um so stärker einsetzte, daß sein Heimatort eine Spielbank bekam. Nun will Böttcher wissen - nachdem die Parlaments-Aus-schüsse dem von Hassel die Spielbankerrichtung versagten - warum dem Glücksburg 200 000 DM dafür bekam, daß dort kein Spielkasino gebaut wird. Gleich daneben liegt die Frage, ob die Zahlung der 200 000 DM "Ausfalls-Gelder" für Glücksburg dann auch zu Lasten der Landes-kassen - und wenn man will der schleswig-holsteinischen Steuerzahler gegangen ist.

Mit der Serie seiner Fragen greift Böttcher tief in den Deckungel-kampf der Spielbankenaffäre, aber zielt immer wieder gegen von Hassel. Da ist sogar die Frage, ob denn der Geschäftsführer des Travemünde-Kasinos - das in Glücksburg in der Nähe der Wohnung des Herrn von Hassel auf Grund des Konzessions-Verlängerungs-Vertrages bauen sollte - hierzu "mit Druck, ja mit Erpressung gezwungen" worden sei.

Schließlich kommt es dann noch im Fragekatalog die Affäre mit der "Bunten Illustrierten" in Offenburg hoch. Die Zeitung hatte im Novem-ber 1959 behauptet, von Hassel habe letztlich eine Spielbank nach Glücksburg haben wollen, weil ihm das sein Wahlkreis wert sei. Die Illustrierte entschuldigte sich aber später. Dennoch will Böttcher wissen, jetzt, nachdem von Hassel den Strafantrag gegen die Zeitschrift

zurücknahm, warum denn der Verfasser, der Journalist Arnold selbst in dieser Affäre "von seinen Behauptungen nichts zurückgenommen hat".

Zusammenfassend läuft auch dieser Komplex aus der Sicht des Böttcher darauf hinaus, die Auffassung aufrechtzuerhalten, nicht er habe sich dabei mit seinem Parteifreund, dem Senator Thimm und anderen an der Spielbank Travemünde beteiligen wollen, sondern der von Hassel wollte vielmehr an Spielbankbau in Glücksburg erreichen.

Es ist möglich, daß die Regierung in den nächsten Tagen mit vielen Fragen die Fragen des Böttcher beantworten und damit dem von Hassel eine Wiederchance einräumen wird. Dabei ist es dann denkbar, daß auch der Dr. Böttcher erhebliche Punktverluste seines Parteifreundes einstecken wird. Aber dennoch hängt da noch eine harte juristische Sache in der Luft. Böttchers Freund, der gleichfalls über die Spielbankaffäre gestolperte Travemünde-Senator Dr. Thimm (CDU) hat Strafantrag gegen den Geschäftsführer der Travemünder Spielbank Dr. Lommerzheim, gestellt.

Hier aber geht es nicht um eine parlamentarische Anfrage, die fristgemäß beantwortet werden muß; hier geht es um Thimms Behauptung, der Lommerzheim habe vor dem parlamentarischen Böttcher-Untersuchungsausschuß Meineid begangen. Lommerzheim habe falsch geschworen, als er unter Eid behauptete, Böttcher und Thimm hätten mit 400 000 DM in Travemünde einsteigen wollen. Aber auch diese Geschichte hat einen doppelten Boden. Auch hier kommt es dem Dr. Böttcher darauf an, nachzuweisen, nicht er habe in Travemünde einsteigen wollen, aber der Herr von Hassel habe für seinen Heimatort eine Spielbank verlangt.

+ + +

Explosive Berührung

sp - Rund 50 000 spanische Arbeiter und Arbeiterinnen arbeiten in der Bundesrepublik. Man hat mit ihnen, von Ausnahmefällen abgesehen, gute Erfahrungen gemacht; sie sind fleißig, sie haben sich überraschend schnell den deutschen Arbeitsbedingungen angepaßt. Unsere Gewerkschaften achten darauf, daß sie nicht als Lohndrücker verwendet werden. Es gelten für sie die gleichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse wie für die deutschen Kollegen.

Eine unerwartete Wirkung hat jedoch die Anwesenheit spanischer Arbeiter in der Bundesrepublik für das Franco-Regime. Sie berichten ihren zuhause vertriebenen Angehörigen über das, was sie sehen, hören, beobachten, wie es ihnen ergeht und wie sie als gleichwertige und gleichbezahlte Kollegen behandelt werden. Sie kommen aus einem Land, das die Freiheit nicht kennt, dessen Gewerkschaften Beauftragte des Staates sind. Sie arbeiten in einem Land, dessen Arbeitsbedingungen mit durch die Gewerkschaften bestimmt werden. Sie fühlen sich im fremden Land freier und menschenwürdiger als in der eigenen von der Diktatur beherrschten Heimat und das klebt nicht ohne Auswirkungen. Die immer noch anhaltenden Streiks in Spanien, die ersten seit der Beendigung des Bürgerkrieges sind zum Teil auf die Wirkung der Berichte durch spanische Arbeiter in der Deutschen Bundesrepublik zurückzuführen. Sie reizten zu Vergleichen mit der eigenen Lage, und dies nicht zum Vorteil der gegenwärtigen Beherrscher Spaniens. Die Berührung mit einer freien Gesellschaft hat etwas Explosives an sich. Die Ohnmacht Francos, der sozialen Unruhe in Spanien Herr zu werden, beweist es. Er müßte, um wieder Ruhe zu bekommen, die im Ausland lebenden Arbeiter zurückrufen oder ihren Briefwechsel verbieten. Aber das geht über seine Kraft.

+ + +

Geburtstagsgruß nach New York

Kurt R. Grossmann 65 Jahre

H.G.S. - Das ist an diesem einstigen Berliner, heute New Yorker, das Besondere; daß er stets nach Ausgleich sucht und jeden Schwachen zu verteidigen vermag, aber doch unerbittlich blieb gegenüber Ungerechtigkeit und Hinterhältigkeit. Kurt R. Grossmann, der am 21. Mai 1962 seinen 65. Geburtstag in Kew Gardens feiern kann, ist Berliner Kaufmannssohn, Kriegsteilnehmer des ersten Weltkrieges, einer der überzeugten Pazifisten der Nachkriegszeit, einer der bewegenden Männer der "Liga für Menschenrechte" (1926 ihr Generalsekretär in Berlin), streitbarer, kluger, offener und mutiger Journalist seit mehr als 40 Jahren, einer der Hauptförderer der deutsch-jüdischen und der Völkerverständigung, besonders zwischen den Deutschen und Franzosen und den Polen und Deutschen nach 1918 gewesen.

Er stand 1933 in der ersten Liste der ausgebürgerten Deutschen. Nicht als "Jude" wurde er ausgebürgert, sondern als politischer Kämpfer für Frieden, Aufklärung und Toleranz. Seine Emigration (Prag, Paris, USA) wurde für ihn zu einer neuen Plattform des Ringens um Versöhnung, Verständnis, Menschenrechte, Wiedergutmachung materieller und vor allem seelischer und politischer Schäden. Sein Buch "Die Unbesungenen Helden-Heldentum im Deutschlands dunkelsten Tagen" (1957 arani-Verlag, Berlin) ist ein Stück unbesungener deutscher Geschichte, in der sich heute das "andere Deutschland" als Potenz spiegelt ebenso wie sein jüngstes, soeben fertiggestelltes Werk über seinen Freund Carl von Ossietzky. Wie Zola mit seinem "J'accuse" für Hauptmann Dreyfus eintrat, wie schon vor ihm Voltaire wagemutig im Falle Jean Calas mit der Feder gegen kannibalische Unrechtsübung eingetreten war, trat Grossmann im Falle Bullerjahn 1925 gegen eine Machtolique und gegen die Verlogenheit der Reaktion ein. Der Kampf endete 1932 mit einem Freispruch des Angeschuldigten vor dem Reichsgericht, dem ersten seit 50 Jahren.

Grossmann ist immer wieder als "Unbequemer" aufgetreten. Er hat das Notwendige stets unmodisch gesagt, auch wenn es einmal "versöhnlerisch" klang. Jüngst stand er bei einer Fahrt an der Berliner Mauer lange Minuten andächtig und spähend vor einer durch die Mauer grausam abgeschnittenen christlichen Kirche. Dann sprach er als jüdischer Mensch über die Menschenrechte und ihre Verletzung, wie wohl vor 40 Jahren in Berlin.

Seine Freunde grüssen Kurt Grossmann zu seinem 65. Geburtstag. Er war immer auf der Seite des Rechtes und der Humanitas; dafür danken sie ihm.

+ + +